

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

50 Jahre
Bundesliga

August 2012 · Nr. 197/34 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

talspritze len Berliner haften retten

LIN, 23. August. Der Bund
änder Berlin und Brande-
dem mit technischen und
en Problemen kämpfenden
tflughafen mit einer Kapital-
von rund einer halben Milli-
aus der Klemme helfen. Au-
ollen sie ein wohl noch höhe-
lschafterdarlehen gewähren.
ellschafte wollen, dass der
a so bald wie möglich in Be-
t. Alle müssen dazu einen Bei-
en, auch die Flughafengesell-
sagte der Staatssekretär im
nanzministerium Werner Gat-
r Zeitung. Weiter sagte Gat-
Bund halte an Flughafenge-
her Rainer Schwarz fest, ob-
h dieser Fehler gemacht habe.
luni geplante Eröffnung des
s war wegen Schwierigkei-
erzögerungen auf der Baustel-
gt worden. Die Mehrkosten
werden nun auf knapp 1,2
n Euro beziffert, so dass der
insgesamt rund 4,5 Milli-
kosten könnte. Etwa die Häl-
fhrkosten entfällt auf Ausga-
en Schallschutz. (Siehe Wirt-
ite 11; siehe auch Seite 4.)

Her mit der nackten Wahrheit!



Enthüllungen – Die Wahrheit, die Chronos, der Gott der Zeit, enthüllt, sieht auch verhüllt gut aus. Aber man möchte dem alten Zausel doch zurufen: Leg einen Zahn zu und reiß ihr die letzten Hüllen vom prallen Leib, damit wir ihre ganze verführerische Pracht bestaunen können. Anders verhält

es sich mit der Wahrheit, die Antonis Samaras hinter noch mehr Zeit verbergen möchte, wohl weil sie so hässlich ist wie das Haupt der Medusa. Vielleicht sollten die Geldgeber des maroden Griechenlands sich dies vor Augen halten, wenn sie mit einem Reformaufschub hadern. Foto AKG

Giftpilz

Von Jasper von Altenbockum

Wenige Tage nachdem mehrere Länder wieder Schwung in die schleppenden Vorbereitungen eines neuerlichen NPD-Verbotsverfahren bringen wollten, kann Nordrhein-Westfalen mit einer mehrfach gelungenen Aktion gegen den Rechtsextremismus aufwarten. Zu deren Ergebnis gehört nicht nur die schlichte Tatsache, dass menschenverachtenden Banden buchstäblich ihre Waffen genommen werden. Es erhartet sich außerdem der naheliegende und schon durch die NSU-Ermittlungen bestätigte Verdacht, dass es Verbindungen zwischen der militanten Szene des Rechtsextremismus („Kameradschaften“) und der NPD gibt. Ob es aber tatsächlich „enge Verflechtungen“ sind, wie Innenminister Jäger meint, kann der Fund von NPD-Plakaten allein noch nicht belegen. Ob solche Verflechtungen gar für ein Verbotverfahren von Wert sind, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Sollte das alles sein, werden die Landesregierungen auch nach dieser Großraffia in Skeptiker und Verbotsbeschleuniger gespalten bleiben. Bis zum Dezember wollen sie sich einigen. Es könnte sein, dass dann ein be-

sonderes Interesse der Länder, den Extremismus auffälliger als bisher zu bekämpfen, den Ausschlag gibt. Dazu hat nicht nur das Debakel der NSU-Fahndung beigetragen, das zu Unrecht einen Schatten auf alle Landesbehörden und überhaupt auf die föderale Sicherheitsarchitektur geworfen hat. In den Ländern existiert Links-, Rechts- und religiöser Extremismus in vielen Spielarten. Sie formieren sich hier zuerst und fordern deshalb die Institutionen des Staates auch früher heraus als im Bund. Das sollte bedacht werden, wenn von einer grundlegenden Neuordnung des Verfassungsschutzes geredet wird, die kaum anders als mit einer Zentralisierung enden dürfte.

Die Aktion in zahlreichen Städten Nordrhein-Westfalens zeigt aber auch, dass sich der Giftpilz des organisierten Rechtsextremismus nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland ausgebreitet hat, vor allem dort, wo Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut und Xenophobie besonders ausgeprägt sind. Wo Ursache und Wirkung liegen, ist seit langem bekannt, nicht erst seit „Rostock-Lichtenhagen“, wo staatliches und gesellschaftliches Vakuum noch hinzukamen. Das Vakuum zu füllen, ist aber auch im Westen nicht eine einmalige, sondern eine tägliche Integrationsleistung.

Retten ohne Grenze

Von Holger Steltzner

Obwohl die privaten Gläubiger den Griechen im Frühjahr fast ein Drittel der kompletten Staatsschuld erlassen mussten, werden die Schulden Griechenlands wegen der hohen Staatsausgaben und der schrumpfenden Wirtschaft schon bald wieder so hoch sein wie zuvor. Noch drückt sich die Politik vor einer Entscheidung, doch spätestens im Oktober wird die Troika die Fakten auf den Tisch legen. Bis dahin wird Bundeskanzlerin Merkel die Maske der eisernen Kanzlerin kaum abnehmen. Deshalb wird Griechenlands Ministerpräsident Samaras am Samstag auch mit leeren Händen von Berlin nach Paris weiterfliegen.

Wenn das Bundesverfassungsgericht im September die Einrichtung des dauerhaften Euro-Krisenfonds ESM gutheißen sollte, wäre zwar der Weg frei zur Mobilisierung weiterer Rettungsmilliarden. Aber selbst dann können die Rettungseuropäer nicht einfach ein drittes Kreditpaket für Athen durchwinken. Denn der Internationale Währungsfonds will nicht noch mehr Geld in ein griechisches Fass ohne Boden werfen. Die Chefin des IWF, die frühere französische Finanzministerin Lagarde, steht intern unter Druck. Nie zuvor hat der IWF einem Land im Verhältnis zu dessen Größe so viel Kredit gegeben – mit so wenig Erfolg. Jetzt sei ein weiterer Schuldenschnitt nötig, aber nicht auf Kosten des IWF, heißt es in Washington.

Frau Lagarde möchte, dass der größte Gläubiger Griechenlands blutet, die Europäische Zentralbank. EZB-Präsident Draghi will das verhindern, weil der Verzicht auf Rückzahlung einer Staatsfinanzierung gleichkäme, die der EZB nach ihren Statuten verboten ist. Zudem würden die Verluste aus Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen das Eigenkapital der Zentralbank ausradieren und den Kauf von Staatsanleihen als Staatsfinanzierung entlarven, was die EZB mit fadenscheinigen Argumenten bestreitet.

Aus diesem Dilemma können die Regierungschefs die EZB nur dadurch befreien, dass sie weiterhin die Illusion verbreiten, die griechischen Kredite würden irgendwie zurückgezahlt. Aus Rücksicht auf den wachsenden Unmut in der Koalition und in der Bevölkerung darüber, wie die „Euro-Retter“ an der Nase herumgeführt werden, kann Frau Merkel kein weiteres Hilfspaket für Griechenland schnüren. Das schüfe ihr wieder nur für ein paar Monate Ruhe und könnte ihr im kommenden Jahr die Bundestagswahl verhaseln. Träte Griechenland hingegen jetzt aus der Währungsunion aus, gäbe es sofort gewaltige Turbulenzen – bevor ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte. Doch die Griechen halten am Euro fest, und unter den „Rettern“ traut sich keiner, ihnen den Geldhahn zuzudrehen. Zuletzt finanzierte die EZB lieber über griechische Banken den Staat, damit dieser eine von der EZB gehaltene Staatsanleihe bedienen kann.

Da trifft es sich, dass Spanien noch mehr Geld für seine Banken und die überschuldeten Regionen braucht und auch Italien immer lauter finanzielle Hilfe fordert. Weil das selbst den ESM überforderte, den man früher sogar hebeln wollte, soll eine dauerhafte Lösung her.

Da bietet sich Draghi an. Die EZB könne doch unbegrenzt Staatsanleihen kaufen, um die Zinsen für Italien und Spanien zu drücken, so deutete er in London an. Schön für die Euro-Rettungspolitik, dass Draghi von der Banca d'Italia gelernt hat, wie die Zentralbank für die Staatskasse eingesetzt werden kann. In Rom gab der Schatzminister zur Emission von Staatsanleihen den maximalen Zinssatz vor; wenn der Markt die Rendite aber nicht

Die Orientierung der EZB an der Banca d'Italia zieht die Eurozone noch tiefer in den Krisensumpf.

akzeptierte, musste die Notenbank alle unverkauften Staatstitel aufkaufen. So ähnlich wird das mit dem von der EZB geplanten Euro-Zinsdeckel funktionieren.

Dank des Taschenspielertricks mit Staatsanleihen können sich Politiker hinter der EZB verstecken. Frau Merkel muss Eurobonds nicht einführen und den Bundestag nicht mit der Entscheidung über die Ausweitung des Haftungsrahmens behelligen, die sich bei einer Banklizenz für den ESM gestellt hätte. Dafür kann Deutschland sein Vetorecht im ESM nicht nutzen, es wird im EZB-Rat weiter von den Südländern überstimmt. Aber wenigstens waschen die Politiker während der Vermögenshaftung der Euro-Staatsschulden mit Hilfe der angeblich unabhängigen EZB ihre Hände in Unschuld. Dort kursiert auch schon eine Idee, wie die Illusion unbegrenzter Finanzierung und Rückzahlung auch der griechischen Staatsanleihen noch eine ganze Weile aufrechterhalten werden kann. Wie wäre es mit einer Garantieerklärung, dass andere Staaten für fehlende Sicherheiten Griechenlands einspringen?

Es gibt keine Grenze mehr zwischen Fiskal- und Geldpolitik. Nach dem Bail-out-Verbot von Staaten im EU-Vertrag fällt jetzt das Verbot monetärer Staatsfinanzierung durch die EZB. Doch selbst das wird den Euro nicht retten, solange die Wirtschaft im Norden und die im Süden der Eurozone weiter auseinanderlaufen. Der Rückgriff auf Finanzkniffe der Banca d'Italia zieht langfristig die Eurozone nur noch tiefer in den Krisensumpf. Das müsste Draghi eigentlich am besten wissen, kann er doch eindringlich von Römischen Zeiten berichten, in denen zweistellige Inflationen und Defizitraten die Wirtschaft lähmten und den Wohlstand aufzehrten.

ate

mele sind nderbar

amel hat eine Reihe
erbarer Eigenschaften. In
ai arbeiten Deutsche und
reicher daran, sie nutzbar zu
chen. **Wirtschaft, Seite 12**

ffitüre des Krieges

er syrische Bürgerkrieg hat längst
den Norden des Libanon erreicht.
i der Hafenstadt Tripoli kämpfen
nniten und Alawiten gegenein-
nder. Einzig den Waffenhändlern
efallen die Unruhen. **Politik, Seite 3**

utin und seine Klans

usslands Präsident balanciert
zwischen Klans aus Modernisierern
und Staatskapitalisten. Auch der be-
reits totgesagte Ministerpräsident
Medwedjew hat seinen Platz im
Netzwerk. **Politik, Seite 3**

Chinas Schnäppchenjagd

In diesem Jahr wird China voraus-
sichtlich mehr Unternehmen im
Ausland kaufen als jemals zuvor.
Der aufgewertete Yuan erleichtert
die Käufe. Deutschland ist ein
Hauptziel. **Wirtschaft, Seite 13**

Olympische Zwangsäumung

Rio de Janeiro will bei den Sommer-
spielen 2016 die Welt umarmen.
Dafür sollen schäbige Armenviertel
schicken Neubaugebieten weichen.
Doch die Bewohner einiger Favelas
wehren sich. **Sport, Seite 27**

Lärm macht krank

Die Schlacht gegen den Lärm, von
Robert Koch prophezeit, hat begon-
nen. Fluglärm, zu laute Kopfhörerbe-
schallung, Stadtverkehr, alles dröhnt
zu stark und kein Ohr gewöhnt sich
daran. **Feuilleton, Seite 29**

Viel freie Fläche

Mit der Energiewende tun sich
in Deutschland völlig neue
Nutzungsmöglichkeiten für
einstige Problemflächen wie Berg-
bauhalden und Industriebrachen
auf. **Immobilienmarkt, Seite 35**

Mitteilung des Verlags:

Immobilien- und Beteiligungsanzeigen
auf den Seiten 36 bis 38

Griechenland soll Zeitplan für Reformen einhalten

Schäuble: Mehr Zeit keine Lösung / SPD für Aufschub / Samaras will Inseln verkaufen

mas. BERLIN, 23. August. Mehrere Mit-
glieder der Bundesregierung haben sich
am Donnerstag dagegen ausgesprochen,
Griechenland mehr Zeit für Reformen
und Einsparungen zu gewähren. „Mehr
Zeit ist keine Lösung der Probleme“, äußerte
Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).
„Mehr Zeit heißt im Zweifel mehr Geld.“
Dies würde ein neues Programm erfor-
dern, obwohl das alte gerade einmal
ein halbes Jahr alt sei. So werde man
kaum das Vertrauen der Finanzmärkte zu-
rückgewinnen, sagte der Minister im Süd-
westrundfunk. Der FDP-Vorsitzende,
Wirtschaftsminister Philipp Rösler, warnte
vor einem Reform-Rabatt. Am Abend
wurde der französische Staatspräsident
François Hollande im Kanzleramt in Berlin
erwartet. Wichtigstes Thema war die

Euro-Krise und die Forderung der griechischen Regierung nach einem Entgegenkommen der Euro-Partner.

Im Gegensatz zu Schäuble signalisierte
Frank-Walter Steinmeier die Bereitschaft seiner
Partei, den Griechen ein Jahr mehr Zeit
zuzugestehen, wenn sie glaubwürdige
Sparanstrengungen unternähmen. Wenn
das neue Konsolidierungsprogramm
plausibel und belastbar sei, „wäre es
doch nicht besonders klug, wegen einer
Verlängerung des Zahlungsziels von
zwölf Monaten alle Forderungen in den
Wind zu schreiben“, sagte er der Zeitung
„Frankfurter Rundschau“. Er zeigte sich
überzeugt, dass auch Bundeskanzlerin
Angela Merkel (CDU) am Ende einer Verlä-
ngerung zustimme.

In mehreren Interviews versprach der
griechische Ministerpräsident Antonis
Samaras den Deutschen, sein Land werde
die Notkredite von mehr als 100 Milli-
arden Euro zurückzahlen. Zugleich kündigte
er auch weitere Reformen in Grie-
chenland an. Die französische Zeitung
„Le Monde“ zitierte Samaras mit den
Worten, seine Regierung sei bereit, unbe-
wohnte Inseln zu verkaufen. Einige dieser
Inseln könnten durchaus von wirt-
schaftlichem Nutzen sein. Bedingung sei
aber, dass der Verkauf keine Gefahr für
die nationale Sicherheit darstelle. An diesem
Freitag wird Samaras in Berlin er-
wartet, am Samstag wird er sich in Paris
mit Hollande treffen. (Fortsetzung und
weiterer Bericht Seite 2, siehe auch Seite
10.)

Düsseldorf verbietet rechtsextreme Kameradschaften

NPD-Wahlplakate bei Razzia sichergestellt / „Enge Verflechtungen in der Neonaziszene“

reb. DÜSSELDORF, 23. August. Im
Zuge der bisher größten Aktion gegen die
rechtsextremistische Szene in Nordrhein-
Westfalen sind Ermittler abermals auf
Hinweise einer engen Verzahnung der
NPD mit gewaltbereiten Kameradschaften
gestoßen. In einem Neonazi-Vereins-
heim in Dortmund stellten Polizisten rund
tausend Wahlplakate der NPD sicher.
„Das zeigt, welche enge Verflechtungen
innerhalb der Neonaziszene bestehen“, sagte
der nordrhein-westfälische Innenminister
Ralf Jäger (SPD) am Donnerstagnach-
mittag. Die Erkenntnisse würden der
Bund-Länder-Kommission zur Verfügung
gestellt, die derzeit die Aussichten für ein
neues NPD-Verbotsverfahren prüft.

Rund 900 Polizisten hatten am Donnerstag in 146 Objekten in 32 nordrhein-

westfälischen Städten mit Durchsuchungen
begonnen, nachdem Innenminister
Jäger am Morgen die drei Vereinigungen
„Nationaler Widerstand Dortmund“, „Kame-
radschaft Hamm“ und „Kamerad-
schaft Aachener Land“ verboten hatte.
Bei den drei Kameradschaften habe es
sich um die aktivsten rechtsextremen
Gruppierungen gehandelt, sagte Jäger.
Die Mitglieder und Unterstützer der
Kameradschaften lehnten die Demokratie
ab, ihre aggressiv kämpferische Haltung
richte sich gegen elementare Grundsätze
der Verfassung. „Sie bekennen sich offen
zum verbrecherischen Nationalsozialismus
und zu den führenden Personen dieses
menschenverachtenden Systems“, sagte
Jäger. Immer wieder hätten Mitglieder
der nun verbotenen Gruppierungen auch

mit Gewalt versucht, ihre Ziele durchzusetzen. „Mit Faustschlägen und Messerstichen gehen sie gegen politische Gegner vor.“

Als Beleg für die Gefährlichkeit der drei Kameradschaften wertete Jäger, dass die Polizisten Schusswaffen, Schlagringe, Teleskopschlagstöcke, Eisenrohre, Springmesser und Baseballschläger gefunden hätten. Jäger sprach von „zahlenmäßig schwersten Schlag“ gegen die gewaltbereite Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen. Die Verbotserfügung für die drei Kameradschaften sei an 146 Rechtsextremisten übergeben worden. Insgesamt gibt es nach Schätzung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zwischen 400 und 600 gewaltbereite Rechtsextremisten. (Fortsetzung Seite 2.)

CDU-Führung für flexible Frauenquote

Lt. BERLIN, 23. August. Familienministerin
Kristina Schröder hat sich mit ihrer
Forderung nach Einführung einer flexiblen
Frauenquote gegen Arbeitsministerin
Ursula von der Leyen durchgesetzt. In dem
Entwurf eines Leitantes, den CDU-Generalsekretär
Hermann Gröhe am Donnerstag in Berlin vorstellte,
plädiert die Parteiführung für die Einführung
der sogenannten Flexiquote. Von der
Leyen hatte sich für eine verbindliche
Quote eingesetzt. (Siehe Seite 4.)

Ethikrat: Beschneidung ist wohl zulässig

Lt. BERLIN, 23. August. In einer Debatte
des Deutschen Ethikrats über die Beschneidung
minderjähriger Jungen aus religiösen Gründen
ist diese Praxis von den meisten Mitgliedern des
Gremiums zwar als Körperverletzung im straf-
rechtlichen Sinne, aber dennoch zulässig angesehen
worden. Die Ratsvorsitzende Christiane
Woopon hielt es für möglich, dass der Rat
schnell zu einer einvernehmlichen Position
in dieser Frage kommen könne. (Siehe
Seite 4, Kommentar Seite 10.)

Kompromiss im Streit über Windpark-Strom?

ami. BERLIN, 23. August. Das Bundeska-
binett bemüht sich um eine schnelle Beile-
gung des Streits über die Haftung für Risiken
beim Ausbau der Stromerzeugung
auf hoher See. In Regierungskreisen hieß
es am Donnerstag, die zunächst in einer
Spanne von 0,2 bis 0,3 Cent kalkulierte
neue Umlage auf den Strompreis solle
0,25 Cent betragen. Auch sollten Großver-
braucher mehr zahlen und Netzbetreiber
stärker für Ausfälle haften, als zuvor ge-
plant war. (Siehe Wirtschaft, Seite 11.)



Briefe an die Herausgeber 6
Immobilienmarkt 35
Impressum 4
Politische Bücher 6
Deutschland und die Welt 7

Das Kreuzworträtsel 8
Die Gegenwart 9
Zeitgeschehen 10
Wirtschaft 11
Menschen und Wirtschaft 12

Branchen und Märkte 15
Unternehmen 16
Markt und Strategie 19
Wetter 20
Finanzmarkt 21

Kurse 24
Sport 27
Feuilleton 29
Medien 30
Fernsehen und Hörfunk 33

STREIFZÜGE

Völklingen

Verflechtungen für alle

Es klingt wie der Stoff für eine Komödie über den Politik- und Kulturbetrieb einer Provinzstadt. Ort der Handlung: die saarländische Stahlstadt Völklingen. In der Stahlhütte schufteten einst bis zu 1700 italienische Gastarbeiter für das deutsche Wirtschaftswunder. Um diese Leistung, aber auch die Verbundenheit zwischen Saarländern und Italienern zu würdigen, wollte das italienische Konsulat ein Denkmal stiften. Der in Neapel lebende Bildhauer Luciano Campitelli schuf ein Relief aus weißem Carrara-Marmor mit dem Titel „Intrecci“, was auf Deutsch „Verflechtungen“ heißt. Doch auf dem Transport zur feierlichen Einweihung im Weltkulturerbe Völklinger Hütte am 1. Mai 2009 zerbrach das Kunstwerk in viele Teile. Es sah jetzt eher nach „Entflechtung“ aus.



Verflochten

Campitelli reparierte die Skulptur notdürftig und versprach, sie neu anzufertigen. Im Industriekulturgarten „Paradies“ vor der Stahlhütte sollte die Skulptur am 20. Juni 2009 ihren dauerhaften Platz finden. Offenbar in einem der italienischen Momente seines Berufslebens sagte der Generaldirektor des Weltkulturerbes, Meinrad Maria Grewenig gar zu, dass er Campitelli mit einer Werkschau würdigen wolle. Doch bis heute steht das kleine Denkmal in dessen Atelier in Neapel. Mehrfach hatte Campitelli beim inzwischen aufgelösten Konsulat angefragt, wann er denn nun sein Geschenk liefern solle. Auch Oberbürgermeister Klaus Lorig (CDU) ist verstimmt: „Ich verstehe nicht, warum die Skulptur von Herrn Grewenig nicht angefordert wird.“ Grewenig wiederum ist nur in Erinnerung, dass die Skulptur im „Gesamtzusammenhang“ mit der Werkschau Campitellis im Weltkulturerbe dort aufgestellt werden sollte. Im übrigen sei es die Aufgabe der Stadt, diese Ausstellung zu organisieren. Lorig hingegen sieht den schwarzen Peter bei Grewenig. Mit dem Museumschef sei vereinbart worden, erst die Skulptur nach Völklingen zu holen und 2010 die Ausstellung zu veranstalten. Die Stadt habe zugesagt, die Kosten für den Transport der Exponate und das Eröffnungsprogramm in Höhe von 5000 Euro zu tragen. Mit der Ausstellung selbst sei die Stadt überfordert. Um die Posse zu beenden, will er das Denkmal nun notfalls selbst in Empfang nehmen, um es provisorisch im Rathaus aufzustellen. THOMAS HOLL



Mit Gewalt: Bei den Durchsuchungen in Nordrhein-Westfalen wurden zahlreiche Waffen gefunden. Foto ddp

Fortsetzung von Seite 1

Düsseldorf verbietet rechtsextreme Kameradschaften

Mit dem Verbot und der Auflösung der drei Vereinigungen seien drei große Lächer in das „rechtsextremistische Netzwerk in NRW gerissen“ worden. „Es ist uns gelungen, wichtige Strukturen zu zerschlagen.“ Die Demokratie müsse bewiesen, dass sie wehrhaft sei. „Deshalb haben wir gehandelt“, sagte Jäger, der erst Mitte Mai den Kölner Verein „Kameradschaft Walter Spangenberg“ verboten hatte. Der Innenminister würdigte die Zusammenarbeit der nordrhein-westfälischen Polizei mit dem Verfassungsschutz als „sehr gut“. Man werde im Kampf gegen den Rechtstextremismus nicht nachlassen, sondern alle Möglichkeiten nutzen, den „braunen Sumpf“ auszutrocknen. Vereinsverbote und die konsequente Verfolgung von Straftaten seien dabei genauso wichtig wie eine verstärkte politische Aufklärung und der Ausbau des Aussteigerprogramms, das so stark nachgefragt sei wie bisher noch nie. Nach Angaben des Leiters des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Burkhard Freier, beteiligten sich derzeit 120 Personen am Aussteigerprogramm, im „engeren Verfahren“ sind demnach aktuell 34 Personen. In den vergangenen zehn Jahren sei es gelungen, insgesamt 220 Personen mit

Hilfe des Programms aus der rechtsextremen Szene zu lösen. Jäger wollte keine Einschätzung dazu abgeben, ob sich nun durch die im Rahmen der Groß-Razzia gewonnenen Erkenntnisse die Wahrscheinlichkeit erhöht hat, dass ein neues NPD-Verbotsverfahren beantragt wird. Es gelte die Prüfung durch die Bund-Länder-Kommission abzuwarten, äußerte er. Eine Entscheidung über einen Verbotsantrag werde dann auf der Herbstkonferenz der Innenminister am 6. Dezember getroffen. Ein erstes NPD-Verbotsverfahren war 2003 gescheitert.

Athens Angst vor den Interessengruppen

Griechenland spart zwar und kürzt die Staatsausgaben. Dennoch kommt das Land nicht aus der Krise. Denn die Regierungen drücken sich um Struktur reformen.

Von Rainer Hermann

FRANKFURT, 23. August. Im September will die „Troika“ aus Vertretern von Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds in Griechenland die Sanierung der öffentlichen Finanzen und die versprochenen Struktur reformen kritisch prüfen. Ehe es soweit ist, wirbt Ministerpräsident Antonis Samaras an diesem Freitag in Berlin bei Bundeskanzlerin Angela Merkel und am Samstag in Paris bei Staatspräsident François Hollande darum, ein weiteres Sparpaket von mindestens 11,5 Milliarden Euro auf vier Jahre strecken zu dürfen und nicht bereits in zwei Jahren erfüllen zu müssen. Samaras begründet seine Bitte mit dem Hinweis auf die tiefe Rezession der griechischen Wirtschaft – seine Regierung erwartet, dass die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um sieben Prozent zu rückgeht. Die Kritiker einer Streckung, wie sie Samaras anstrebt, bestehen indes darauf, die unpopulären Maßnahmen rasch umzusetzen, damit eine Genesung der Wirtschaft vor der Parlamentswahl von 2016 einsetzen kann. Die Glaubwürdigkeit der griechischen Argumentation steht und fällt mit der Erfüllung der Versprechen, welche die griechische Regierung gegenüber EU, EZB

und IWF eingegangen ist. Im Gegenzug gewährten diese am 2. Mai 2010 Kreditbürgschaften von 110 Milliarden Euro, am 21. Juli 2011 ein Rettungspaket von 109 Milliarden Euro und im Februar 2012 das sogenannte zweite Hilfspaket mit neuen Kreditzusagen von 130 Milliarden Euro sowie einem Schuldenerlass von 100 Milliarden Euro. Um das zu rechtfertigen, hat die Athener Regierung seit April 2010 fünf Sparprogramme verabschiedet. Sie wurden in unterschiedlichem Maße umgesetzt. Die Irische Zentralbank ist in einer Studie in der vergangenen Woche zu dem Ergebnis gekommen, Griechenland habe bei der Sparpolitik größere Anstrengungen unternommen als beispielsweise Irland. Denn die Einnahmeerhöhungen und Ausgabenkürzungen addierten sich auf 20 Prozent der Wirtschaftsleistung. Trotz der Rezession ist der Fehlbetrag des Staatshaushalts von 15,8 Prozent am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 auf 9,1 Prozent im vergangenen Jahr zurückgegangen. Die griechische Regierung hat dazu einen Weg eingeschlagen, der rasch Ergebnisse zeigte: Der Großteil der Einsparungen erfolgte über eine Kürzung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sowie der Renten um mindestens 20 Prozent. In dem neuen Sparpaket, mit dem Samaras in Berlin wirbt, müssen diese Gruppen dennoch weiter bluten. Athen hat zwar bei der Kürzung der Löhne, Gehälter und Renten Wort gehalten, auch bei der Anhebung zahlreicher Steuern, selbst wenn die Einnahmen des Fiskus als Folge der Rezession und einer wieder zunehmenden Steuerhinterziehung die Zielvorgaben nicht erreichen. Die Verschärfung der Strafverfol-

Amerika und Türkei beraten über Militäreinsatz in Syrien

China unterstützt Flüchtlinge in Jordanien und im Libanon

ISTANBUL/DAMASKUS/MOSKAU, 23. August (AFP/dpa/dapd). In Ankara haben Vertreter der Türkei und der Vereinigten Staaten erstmals über einen möglichen Militäreinsatz in Syrien beraten. Militärs, Geheimdienstler und Diplomaten sprachen unter anderem über eine Reaktion auf einen Einsatz von Chemiewaffen durch die syrische Regierung, hieß es aus dem türkischen Außenministerium am Donnerstag. Der amerikanische Präsident Barack Obama hatte dies als „rote Linie“ bezeichnet, der Überschreitung eine Militärintervention zur Folge habe. Der russische Syrien-Beauftragte Gennadi Gatilow sagte, Syrien habe Moskau garantiert, seine Chemiewaffen im gegenwärtigen Konflikt nicht einzusetzen; man arbeite eng mit Damaskus zusammen um sicherzustellen, dass das syrische Chemiewaffenarsenal an sicheren Orten verbleibe und nicht in die Hände von „Terroristen“ falle. Amnesty International warf der syrischen Regierung vor, wahllos Wohnviertel zu bombardieren. Man habe rund 30 Angriffe in der Stadt Aleppo untersucht, bei denen mindestens 80 unbeteiligte Zivilisten getötet worden seien, teilte die Menschenrechtsorganisation am Don-

nerstag mit. Die Beschlus von teln in Aleppo und Damaskus der Syrischen Beobachtungs Menschenrechte weiter an. D des Regimes von Präsident Basad zählte am Donnerstag 190 Tote in Syrien. China gab c kann, zur Unterstützung Flüchtlinge in Jordanien und i 3,7 Millionen Euro zur Verfüg len. Das solle „die freundschaft fühle der chinesischen zur syr völkerung belegen“, teilte das nisterium mit. Nach amerikan gaben sind derzeit etwa 1,2 Mil rer auf der Flucht. Erstmals seit Beginn der K Land drang am Donnerstag ein der syrischen Luftwaffe in c schen Luftraum ein. Aus Milit in der irakischen Anbar-Provin das Flugzeug habe sich nahe geschlossenen Grenzübergang / vier Minuten lang über irakisches torium aufgehalten. Der Pilot i mutlich Kämpfer der Freien S Armee in dem syrischen Grenzo gamal im Visier gehabt. Dort Hunderte Zivilisten fest, melde sche Medien. (Kommentar Seite

Vorwürfe Israels gegen Südafrika

Streit über Kennzeichnung von Siedlungsprodukten

JERUSALEM, 23. August. Die israelische Regierung wirft Südafrika Diskriminierung vor, die an die Zeit der Apartheid erinnere. Zuvor hatte das Kabinett des afrikanischen Landes beschlossen, allen Importgütern aus Siedlungen des besetzten Westjordanlands die Kennzeichnung „Made in Israel“ zu entziehen. Am Donnerstag wurde deshalb der südafrikanische Botschafter ins Außenministerium nach Jerusalem einbestellt. In der israelischen Führung wächst die Sorge, dass andere Länder diesem Beispiel folgen könnten. In Dänemark, Irland und Großbritannien wird über ähnliche Schritte diskutiert. Die Europäische Union hat in der vorigen Woche eine neue detaillierte Liste veröffentlicht, um die Herkunft israelischer Importe besser zu kontrollieren. Produkte aus dem besetzten Westjordanland sowie aus Ostjerusalem und von den Golanhöhen, die Israel annektierte, erhalten in Europa keine Zollvergünstigungen. Südafrika sei der erste Staat, der auf diese Weise Israel diskriminiere, sagte ein Sprecher des israelischen Außenministeriums. „Das erinnert an Ideen rassistischer Natur, die besonders die südafrikanische Regierung sofort zurückweisen sollte.“ Das südafrikanische Kabinett hatte beschlossen, alle israelischen Waren aus den besetzten Gebieten kenntlich zu machen. Das solle verhindern,

dass Konsumenten glauben, c kämen aus Israel, das man in c zen anerkenne, die „die Vereint nen 1948 gezeugen haben“. Die l mehr als ein Viertel aller israeli industrie- und Agrarexporte ge zichtet bisher auf eine solche Ke nung: Das Assoziierungsabkon Israel sieht vor, dass alle Proc Herkunftsbezeichnung „Made i erhalten. Die EU gewährt aber r präferenzen, wenn sie aus Isr nicht aus besetzten Gebieten st. Für Industriegüter und einen C der landwirtschaftlichen Produk den gar keine Zölle erhoben. In der EU wächst jedoch die K der Regelung, weil sich Hinweis mehren, dass israelische Firmen s gehen. Nach Angaben der propalä sischen Gruppe „Who profits“ exp ren mehr als hundert israelische U nehmen in die EU, die auch Produk stätten im Westjordanland und auf Golanhöhen haben. Mit der Hilfe vor kurzem von der EU aktualisier Liste israelischer Postleitzahlen so europäische Zollbehörden besser fe stellen können, woher die Importe g nau stammen. Doch einige Firmen we wenden angeblich die Postleitzahlen il rer Niederlassungen in Israel, um di Herkunft aus Gebieten östlich der Gr nren Linie zu verschleiern.

Fortsetzung von Seite 1

Athen soll Zeitplan einhalten

Samaras hatte der „Bild“-Zeitung gesagt, er wolle bei seinem Deutschland-Besuch am Freitag dafür werben, seinem Land mehr Zeit zu geben. Griechenland brauche „Luft zum Atmen“. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Bundeskanzlerin Merkel werden die finanz- und wirtschaftspolitische Lage seines Landes, die Reformanstrengungen und das Hilfspaket stehen. Bezogen auf einen möglichen Verkauf von Inseln äußerte Samaras, es gehe darum, ungenutztes Land in Kapital zu verwandeln, das Einnahmen generiere, und das zu einem fairen Preis. Samaras warnte zudem vor einem Domino-Effekt bei einem Ausscheiden seines Landes aus der Eurozone. Ein Austritt wäre „verheerend“ für Griechenland und „schädlich“ für ganz Europa, äußerte er. Samaras kritisierte die andauernden Spekulationen

über die Zukunft Griechenlands in der Eurozone. „Wie kann man privatisieren, wenn jeden Tag europäische Verantwortungsträger über ein potentielles Ausscheiden Griechenlands aus der gemeinsamen Währung spekulieren?“ Er forderte: „Das muss aufhören.“ Wenn Griechenland die Reformen umsetze und „seinen Arbeit“ tue, könne das Land gerettet werden. Bei einem Euro-Austritt könnten die sozialen Verwerfungen in Griechenland „sehr ansteckend“ für andere europäische Länder werden. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), sagte im Deutschlandfunk auf die Frage, ob Samaras mehr Zeit zugestanden werden soll: „Das hängt davon ab, ob man ihm vertrauen kann.“ Die jetzige griechische Regierung habe offenbar begriffen, „dass man tatsächlich die Vorgaben umsetzen muss“.

Heute

Alles gelöscht

Der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat die Festplatte seines Dienstcomputers nach seiner Abwahl vernichten lassen. SPD und Grüne werfen Stefan Map-pus Vertuschung vor. **Politik, Seite 4**

Unruhen in Tadschikistan

Nach dem Mord an einem ehemaligen Warlord demonstrieren Tausende im Südosten Tadschikistans. Sie beschuldigen die Staatsmacht. Vermutlich geht es um Profiteure aus dem Drogenschmuggel. **Politik, Seite 5**

Verlorenes Selbstvertrauen

Walter Laqueur diagnostiziert die tiefste Krise in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges und sucht nach Antworten, um einen Absturz in die „Bedeutungslosigkeit“ noch zu verhindern. **Politische Bücher, Seite 6**

Europäische Zentralbrücke

Frankfurt schließt die entstehende EZB über den Main an das Verkehrsnetz an. Die 2200 Tonnen schwere Brücke liegt jetzt auf den Ufern auf, befahren werden darf sie erst später. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

Fiasko in Weiß

Schon immer ging es in der Transplantationsmedizin nicht nur um das Wohlergehen von Patienten, sondern auch um Ruhm und Geld. Eine Diagnose mit Therapieverschlagen. **Die Gegenwart, Seite 9**

Teurer Klientelismus

In Griechenland haben Politiker nicht mit Programmen Wahlen gewonnen, sondern mit dem Verteilen von Wohltaten. Die jetzige Krise birgt die Chance, die Politik zu modernisieren. **Zeitgeschehen, Seite 10**

STIMMEN DER ANDEREN

Viel zu lange gewartet
Die „Badische Zeitung“ bemerkt zur geplanten Einführung eines einheitlichen Krebsregisters:

„Viel zu lange hat Berlin mit dieser Zielsetzung gewartet. Weshalb Gesundheitsminister Bahr Anerkennung dafür verdient, dass er sie jetzt endlich anpackt. Richtig ist auch, dass Bahr die Früherkennung ausbaut. Sie ist, keine Frage, umstritten. Eben deshalb hilft nur, dass jeder genug Informationen bekommt, um Für und Wider zu wägen. Zu einer individuellen Entscheidung passt kein Bußgeld für Bürger, die nicht zur Früherkennung gehen. Und deshalb ist es richtig, dass Bahr die Buße – ganz, wie es sich für einen Liberalen gehört – abschafft.“

Ein Fortschritt
Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ meint:

„Die Pläne der Bundesregierung gegen Krebs bedeuten einen gesundheitspolitischen Fortschritt im Kampf gegen die tödliche Krankheit, an der in Deutschland jedes Jahr fast eine halbe Million Menschen neu erkranken. So kann die Aufbereitung der Patientendaten und deren Analyse zu einer verbesserten Tumorbehandlung führen und so viel Leid mindern. Von mehr Daten dürften auf lange Sicht auch die Krankenkassen profitieren. Die jetzt über eine zusätzliche finanzielle Belastung klagen. Hilfreich und sinnvoll ist eine bundesweite Vereinheitlichung und Ergänzung der Krebsregister auf jeden Fall. Das gilt gerade für Krebsarten mit weniger großen Fallzahlen. Doch man fragt sich auch, warum die nun geplanten überfälligen Verbesserungen nicht schon längst eingeführt worden sind.“

Das Recht auf Nichtwissen
Die „Neue Presse“ (Hannover) verweist auf einen anderen Aspekt:

„Krebs kann jeden treffen – und jeder vierte Kranke stirbt daran. Das ist dramatisch für die Einzelnen und immens teuer für die Gesellschaft. Eigentlich also ist es ein Wunder, dass erst diese Bundesregierung bestimmte Maßnahmen gegen den Krebs beschlossen hat. Ein einheitliches Register soll die Forschung voranbringen, die Prävention soll ausgebaut werden und individuelle Einladungen zur Vorsorge sollen dem einzelnen Bürger helfen, sich gegen die Krankheit zu wappnen. Der Dreiklang ist richtig. Doch muss die Freiwilligkeit der Vorsorge gewahrt bleiben. Es gibt ein Recht auf Nichtwissen – und auch das Recht, nicht regelmäßig beim Arzt vorstellig zu werden.“

Berlin erwartet Solidarität
„Le Télégramme“ (Brest) kommentiert die Gespräche über die Zukunft Griechenlands:

„Hollande dachte nicht, dass ihn das Internationale so in Beschlag nehmen würde. Heute trifft er die Kanzlerin Angela Merkel, die er in hundert Tagen (Amtszeit) zehn Mal gesehen hat. Während die Griechen zu den Sparplänen ja sagen, ohne sie anzuwenden zu wollen, wird die Idee eines Ausscheidens Athens aus der Eurozone in Betracht gezogen. Bis hin zu dem Punkt, dass der Eurogruppenchef, der Luxemburger Jean-Claude Juncker, das für „machbar“ hält. Darum erwartet Berlin von Paris, dass es sich seinen Anforderungen an die Griechen

gegenüber solidarisch verhält und nicht neue Ausreden geltend macht, um ihnen zu ermöglichen, ihre Verpflichtungen nicht einzuhalten.“

Prüfung für das schwierige Bündnis
Der „Corriere della Sera“ (Mailand) schreibt zum Treffen Merkel-Hollande:

„Streit über Griechenland scheint nicht zu den wahrscheinlichen Punkten bei dem Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem französischen Staatspräsidenten François Hollande zu gehören. Die Deutschen fürchten dagegen vor allem, dass Hollande sich noch mehr Gehör verschaffen will in dieser Phase der Krise – also versuchen will, das Kommando bei den weiteren Vorgehensweisen zu übernehmen, um nicht erdrückt zu werden von den Slogans der Austeritätspolitik. Es handelt sich dabei um ein politisches Problem, verknüpft auch mit der schwierigen innenpolitischen Lage. In Berlin ist die Sorge groß, und es heißt, dass die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen geduldig wieder aufgebaut werden müssten, in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Protagonisten, allen voran Italien.“

Die Party ist vorbei
Das „Luxemburger Wort“ äußert sich skeptisch über Griechenland:

„Die Emotionen kochen, Nord- und Südeuropäer leben sich zunehmend auseinander. Doch nicht der Euro ist der Grund für die Enttäuschung in Nord und Süd, sondern der Mangel an Fortschritt bei der Krisenbewältigung. Wer auch nur über den Hauch von Gerechtigkeits-